

Abdullah Gül "Integration heißt dienen"

Der türkische Staatspräsident Abdullah Gül über die Aufbauleistungen der Türken in Deutschland, Islamphobie und neue Konflikte mit Israel.

In Ankara residiert Präsident Abdullah Gül, in Istanbul erholt er sich, wenn er kann. Die Aussicht sei hier schöner, sagt er beim Gespräch in der Präsidentenresidenz im grünen Stadtteil Tarabya und zeigt auf den Bosphorus. Es sei hier einfach zu schön, vor allem, wenn der Vollmond scheine. Manchmal verlege er offizielle Gespräche oder Treffen mit Amtskollegen auch nach draußen, dann sitze man direkt am Wasser unter einem Sonnensegel. Heute ginge das leider nicht, entschuldigt Gül sich, da seine Frau dort bereits ein Treffen habe und natürlich den Vorzug bekomme. Wir nehmen also vor einem Springbrunnen im Salon Platz. **Gül empfängt die ZEIT und die türkische Zeitung ZAMAN (deutsch: »Zeit«) im fünfzigsten Jahr der türkischen Migration nach Deutschland. Aus diesem Anlass wagen wir zum ersten Mal ein kleines Experiment: ein gemeinsames Interview der ZEIT und der ZAMAN**

DIE ZEIT: Herr Präsident, vor 50 Jahren begannen die Türken nach Deutschland auszuwandern. Sie selbst waren damals 11 Jahre alt. Dachten Sie als kleiner Junge: »Hoffentlich gehen wir auch nach Deutschland? «

Abdullah Gül: Um ehrlich zu sein: nein. Auch niemand aus meiner Verwandtschaft ist als Gastarbeiter nach Deutschland gegangen. Aber ich habe die Zeit hautnah miterlebt. Ich stamme aus Kayseri, von dort sind viele nach Deutschland ausgewandert. Wie viele es waren, hat man besonders in den Sommerferien gemerkt. Da kamen sie mit ihren schönen Autos. Volkswagen, Opel, Ford Taunus. Sie fielen auf, auch weil sie schicke Hüte und Kleidung trugen. Die Gastarbeiter waren das Stadtgespräch! Kayseri ist eine Handelsstadt, und immer, wenn die Arbeiter aus Deutschland kamen, freute man sich auch aufs Geschäft. Das war immer sehr aufregend.

ZAMAN: Deutschland ist ja das Land der Dichter und Denker. Gibt es unter diesen einen, den Sie besonders mögen?

Gül: Nicht nur einen. Deutschland hat viele Denker hervorgebracht. Kant, Hegel. Goethe verehren wir Türken ja sowieso wegen seines *West-östlichen Divans*. Glücklicherweise gibt es viele der deutschen Klassiker auf Türkisch. So konnten sie auch das türkische Denken beeinflussen. Diesen Einfluss gab es auch durch die Wissenschaft, vor allem durch deutsche Juden, die in den dreißiger und vierziger Jahren in die Türkei kamen.

DIE ZEIT: Haben die türkischen Gastarbeiter in Deutschland genug Anerkennung bekommen?

Gül: Die Türken sind damals einer Einladung gefolgt. Deutschland brauchte Arbeitskräfte, die Türken machten sich auf den Weg. Natürlich wusste man hier auch damals schon, wie

fleißig und diszipliniert die deutsche Gesellschaft war. Und bei den Türken ist es so: Wenn das Umfeld stimmt, können sie sehr hart arbeiten. Und das haben sie.

Sie haben Deutschland dabei geholfen, wieder auf die Füße zu kommen. Die türkischen Gastarbeiter haben mit Schweiß auf der Stirn ihren Beitrag dazu geleistet, dass Deutschland eine der stärksten Wirtschaftsmächte der Welt geworden ist. Und ich bin sicher, dies wurde auch genug gewürdigt. Besonders in der damaligen Zeit. Jetzt scheint dieser türkische Beitrag vergessen. Die Probleme sind in den Mittelpunkt gerückt. Die gibt es auch, klar – schließlich sind die Türken damals aus einer völlig anderen Kultur nach Deutschland gekommen. Viele kamen direkt aus dem anatolischen Dorf in Großstädte wie München oder Frankfurt, ohne vorher je in Istanbul, Ankara oder Izmir gewesen zu sein. Das war ein Kulturschock. Weder die Türkei noch Deutschland gaben diesen Menschen eine Orientierung.

ZAMAN: Seit 2005 verfolgt Deutschland eine aktive Integrationspolitik. Ungefähr zur gleichen Zeit begann die Türkei, sich mehr um die »Auslandstürken« zu kümmern. Gibt es einen Wettbewerb um die Deutschtürken?

Gül: Das glaube ich nicht. Viele unserer Landsleute leben im Ausland. Wir wollen uns auf ihre Bedürfnisse einfach professioneller einstellen. Deshalb haben wir dafür eine eigene Behörde gegründet, die im Arbeitsministerium angesiedelt ist. Die Türkei und Deutschland haben doch eigentlich ein gemeinsames Ziel: die Integration dieser Menschen. In den ersten Jahrzehnten ging es darum, die Wirtschaft in Gang zu bringen, jeder war mit Arbeiten beschäftigt, man dachte nicht daran. Jetzt denkt man daran.

DIE ZEIT: Wie wichtig ist die Sprache?

Gül: Alles steht und fällt mit der Sprache. Heute sollte es so sein, dass ein deutscher Staatsbürger türkischer Abstammung akzentfreies Deutsch spricht. Und wie lernt man das am besten? Im Kindergarten. Und wenn Türken in Deutschland ihre Kinder nicht in den Kindergarten schicken, dann muss man herausfinden, warum das so ist. Das bedeutet doch Integration: die Regeln des Landes befolgen, in dem man lebt. Diesem Land dienen. Das wiederum braucht Motivation. Was mich traurig macht, ist, dass die Motivation manchmal ausbleibt.

DIE ZEIT: Woran liegt das?

Gül: Das kann man zum Beispiel an der deutschen Visapolitik sehen. Ich erhalte E-Mails von namhaften Geschäftsleuten und Wissenschaftlern, die mir von der restriktiven Vergabepolitik deutscher Behörden berichten. Die Staatsbürger anderer Länder, die nicht, wie wir, EU-Beitrittskandidaten sind, kennen solche Hürden aus Deutschland nicht. An so einem Visum kann ein individuelles Schicksal hängen. Man tut so, als gäbe es die engen Bande zwischen unseren beiden Ländern nicht. Das demotiviert auch die Türken, die in Deutschland leben.

DIE ZEIT: Wer ist der Präsident der Türken in Deutschland – Herr Wulff oder Sie?

Gül: Natürlich ist Herr Wulff der Präsident der türkischstämmigen deutschen Staatsbürger. Aber es gibt ja auch Deutschtürken, die die Türkei immer noch als ihr Mutterland betrachten, deren Familien hier leben. Viele von denen sehen mich vielleicht als ihren emotionalen Präsidenten. Sie sind deutsche Staatsbürger. Doch kann man nicht einfach fordern, dass sie die enge Verbindung zu ihrem Herkunftsland schwächen.

ZAMAN: In der Türkei leben Zehntausende Deutsche – sehen Sie sich auch als deren Präsident?

Gül: Ohne jeden Zweifel! Ich habe deutsche Landsleute, genauso wie ich christliche, jüdische oder armenische Landsleute habe. Ich bin ihr Präsident, ich feiere mit ihnen, wenn sie ihre Feiertage haben, ich besuche ihre Gotteshäuser. Natürlich sind sie in der Minderheit, deshalb vergisst man sie manchmal. Aber ich vergesse sie nicht.

ZAMAN: In Deutschland und Europa hoffen viele auf einen »Euro-Islam«, in Berlin tagte eine Islamkonferenz. Was halten Sie davon?

Gül: Der Islam ist ja auch eine Religion Deutschlands, auch von deutschen Staatsbürgern. Deshalb muss man sich um die Anhänger dieser Religion kümmern und dafür sorgen, dass sie sie ausüben können.

ZAMAN: Haben Sie von Thilo Sarrazin gehört?

Gül: Von wem?

ZAMAN: Thilo Sarrazin, dem ehemaligen Bundesbankvorstand.

Abdullah Gül: Ach ja, natürlich. Ich habe die Debatte verfolgt und kenne seine Thesen. Nun, jede Gesellschaft bringt solche extremen, marginalen Ansichten hervor. Man sollte sich nicht zu lange mit ihnen aufhalten.

ZAMAN: Sehen Sie in Europa die Gefahr einer Islamfeindlichkeit?

Gül: Ja, die sehe ich. Die Frage ist doch: Was ist ein moderner Staat? Für mich ist das ein multikultureller Staat. Es war Europa, das diesen modernen Staat mit seiner Demokratie und seiner Rechtsstaatlichkeit der Welt geschenkt hat. Die Theorien und ihre Umsetzungen sind ureuropäisch. Dass gerade dieses Europa eine Islamfeindlichkeit hervorbringt, empfinde ich als totalen Widerspruch. Es muss darum gehen, jeden zur Integration anzuspornen und jedermanns Kultur zu tolerieren. Man kann die muslimische Einwanderung nach Europa ja nicht mehr rückgängig machen. Islamfeindlichkeit, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit – das sind Krankheiten, die, einmal ausgebrochen, schwer zu therapieren sind.

DIE ZEIT: Welche Rolle spielt der Islam im Arabischen Frühling?

Gül: Keine wesentliche. Den wichtigsten Part hatte die arabische Jugend. Die Regime haben ihr Ansehen verloren. Wir leben in einer Welt, in der alle Kommunikationswege offenstehen. Alle verfolgen alles und vergleichen das mit ihrer eigenen Situation. Die jungen Araber sehen sich in einem Leben ohne Würde. Sie sehen, was richtig und falsch ist. Der Unterbau der Revolution ist die Kommunikationstechnologie. Der Westen hat mit dieser Technologie den stärksten Beitrag für diese Revolution geleistet.

ZAMAN: Fördert Technologie Demokratie?

Gül: Ja, so ist es in Ägypten und Syrien.

DIE ZEIT: Was empfanden Sie, als Hosni Mubarak im Februar stürzte?

Gül: Als die Menschen aufbegehren, ist das Regime wie eine Pappschachtel zusammengeklappt. Für mich kam das viel zu spät. Die Regime mussten dringend ihre Länder reformieren. Und da sie das nicht machten, kam der Druck von unten. Das Volk kann nicht länger mit solchen alten Regimen leben.

DIE ZEIT: Aber mit dem syrischen Herrscher Baschar al-Assad unterhielten Sie lange Zeit enge Beziehungen. Was bleibt nach dem Bruch mit Assad zwischen der Türkei und Syrien?

Gül: Wir sind Nachbarn, und wir haben die Bande zwischen den Völkern enger geknüpft. Wir hatten zugleich enge Beziehungen zur Regierung von Syrien. Wir drängten auf schnelle Reformen. Ich selbst habe das bei Herrn Assad immer wieder zur Sprache gebracht, schon vor Ausbruch des Arabischen Frühlings. Die Regierung aber tat nichts, und dann kam es zur Eskalation. Autoritäre, geschlossene Regime können in dieser Form nicht mehr weitermachen.

DIE ZEIT: In der Türkei halten sich viele syrische Oppositionelle auf. Wechseln Sie jetzt die Verbündeten: von den arabischen Herrschern zu den arabischen Revolutionären?

Gül: Wir haben in der Türkei gewisse Standards des Rechts und der Demokratie erreicht. Das wünschen wir uns auch für die Völker in der Region. Wir sympathisieren mit ihnen, wenn sie ihre Rechte einfordern. Genauso wie in London, Berlin und Paris die Menschen friedlich zusammenkommen, so können sie es auch in der Türkei tun. Das ist ihr volles Recht, wir können da nicht einschreiten.

DIE ZEIT: Was hat die Türkei der arabischen Welt anzubieten?

Gül: Es gibt historische Gemeinsamkeiten, wir haben dieselbe Religion. Aber die Türkei wird auch als Quelle der Inspiration gesehen. Die Araber sehen, dass in einem Land mit muslimischer Bevölkerung Demokratie herrscht, ein Mehrparteiensystem, die Gleichstellung von Mann und Frau. Warum, fragen sie, sollte das nicht auch bei ihnen so sein?

DIE ZEIT: Die Lage in Nahost ist hochexplosiv. Warum verschärft die Türkei ausgerechnet jetzt ihren Streit mit Israel?

Gül: Das liegt eher an Israel als an der Türkei. Im vergangenen Jahr ist ein türkisches Hilfsschiff mit Menschen aus 37 Ländern in internationalen Gewässern angegriffen worden. Man hat im Nachhinein keinerlei Waffen gefunden, die für einen Gegenangriff geeignet gewesen wären. Nach diesem Angriff hätte man eine Entschuldigung von Israel erwarten können. Sie haben sich nicht entschuldigt und so aufgeführt, als wären sie im Recht. Dabei hatten sie internationales Recht verletzt.

DIE ZEIT: Wäre die Krise gelöst, wenn Israel sich entschuldigen würde?

Gül: Ja, das ist unsere unmissverständliche Forderung.

DIE ZEIT: Israels Embargo gegen den Gaza-Streifen wäre dann also für Sie kein Thema mehr?

Gül: Der wichtigste Punkt für uns ist, dass bei der Aktion gegen das Hilfsschiff Menschen getötet wurden. Doch auch das Embargo ist nicht vom internationalen Recht gedeckt. Deshalb

haben die EU, Russland und die amerikanische Regierung in ähnlicher Weise gefordert, dass es aufgehoben wird.

DIE ZEIT: Könnte Deutschland zwischen Israel und der Türkei vermitteln?

Gül: Das kann Berlin wohl nicht leisten.

DIE ZEIT: Schade. Spielen Deutsche für die Türken in dieser Region denn keine Rolle?

Gül: Deutsche und Türken teilen viel und haben sich nicht erst mit dem Anwerbeabkommen vor 50 Jahren kennengelernt. Wir waren im Ersten Weltkrieg Waffenbrüder. Meine Residenz liegt hier an einem Ort, wo im Ersten Weltkrieg historische Treffen zwischen Deutschen und Türken stattfanden. (Zeigt auf das Panoramafenster.) Dort unten auf dem Bosphorus sind die deutschen Kriegsschiffe unter türkischer Flagge gefahren, die im Schwarzen Meer die Russen beschossen haben. Es gab deutsche Generäle in den türkischen Streitkräften, deutsche Ärzte und Krankenschwestern. Es gibt auch Gräber von deutschen Krankenschwestern, die türkische Soldaten gepflegt haben. Unsere engen Beziehungen reichen weit vor 1960 zurück.

ZAMAN: Das ist alles lange her. Was können die Regierungen heute für die Vertiefung der Beziehungen tun?

Gül: Ich wünsche mir zwischen Deutschland und der Türkei ein ähnliches Verhältnis wie zwischen Deutschland und Frankreich. Wir sollten Regierungskonsultationen mit Deutschland haben. Das ist uns wichtig. Als Bundespräsident Wulff vergangenes Jahr hier war, war er erstaunt, wie viele Mitarbeiter meines Kabinetts Deutsch sprechen. Meine Chefberaterin war auf einer österreichischen Schule, der künftige Botschafter in Berlin war auf einer deutschen Schule. Mir ist wichtig, dass der türkische Botschafter in Deutschland Deutsch spricht wie ein Deutscher. Das war bisher ein Defizit. Wir sind also bestens vorbereitet auf die deutsch-türkische Freundschaft.

ZAMAN: Was können Türken und Deutsche dafür tun, dass sich das Verhältnis zwischen Europa und der islamischen Welt entspannt?

Gül: Politiker oder Unternehmer türkischer Herkunft in Deutschland, Künstler und Sportler können gute Integrationsbeispiele geben. In der deutschen Fußballnationalmannschaft gibt es junge talentierte Spieler türkischer Herkunft. Alle sind stolz auf ihren Erfolg. In den USA gibt es seit Langem eine Einwanderung von klugen Köpfen. Große Länder haben stets ihre Türen geöffnet und Menschen aufgenommen. Man darf keine Angst davor haben, und auch die Deutschen sollten sich davor nicht fürchten.